



Rat der
Europäischen Union

157067/EU XXV.GP
Eingelangt am 06/10/17

Brüssel, den 29. Juni 2017
(OR. en)

10375/17

PV/CONS 35
SOC 485
EMPL 372
SAN 251
CONSOM 263

ENTWURF EINES PROTOKOLLS

Betr.: **3548.** Tagung des Rates der Europäischen Union
(Beschäftigung, Sozialpolitik, Gesundheit und Verbraucherschutz)
vom 15./16. Juni 2017 in Luxemburg

INHALT

Seite

1.	Annahme der Tagesordnung.....	4
----	-------------------------------	---

BESCHÄFTIGUNG UND SOZIALPOLITIK

NICHT DIE GESETZGEBUNG BETREFFENDE TÄTIGKEITEN

2.	Europäisches Semester 2017	4
a)	Entwurf der an jeden Mitgliedstaat gerichteten Empfehlungen des Rates zu den nationalen Reformprogrammen für 2017 und Entwurf der zugehörigen Erläuterung	
b)	Bewertung der länderspezifischen Empfehlungen für 2017 und der Umsetzung der länderspezifischen Empfehlungen für 2016	
c)	Stellungnahme des Beschäftigungsausschusses zur Integration von Flüchtlingen in den Arbeitsmarkt	
3.	Entwurf von Schlussfolgerungen des Rates zu Strategien für einträgliche Arbeit.....	5
4.	Entwurf von Schlussfolgerungen des Rates zum Sonderbericht Nr. 5/2017 des Europäischen Rechnungshofs mit dem Titel "Jugendarbeitslosigkeit – Haben die Maßnahmen der EU Wirkung gezeigt? Eine Bewertung der Jugendgarantie und der Beschäftigungsinitiative für junge Menschen"	5

BERATUNGEN ÜBER GESETZGEBUNGSAKTE

5.	Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Richtlinie 2004/37/EG über den Schutz der Arbeitnehmer gegen Gefährdung durch Karzinogene oder Mutagene bei der Arbeit (zweites Paket) [erste Lesung].....	6
6.	Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Richtlinie 96/71/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. Dezember 1996 über die Entsendung von Arbeitnehmern im Rahmen der Erbringung von Dienstleistungen [erste Lesung]	6
7.	Vorschlag für eine Richtlinie des Rates zur Anwendung des Grundsatzes der Gleichbehandlung ungeachtet der Religion oder der Weltanschauung, einer Behinderung, des Alters oder der sexuellen Ausrichtung	6
8.	Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Gewährleistung einer ausgewogenen Vertretung von Frauen und Männern unter den nicht geschäftsführenden Direktoren/Aufsichtsratsmitgliedern börsennotierter Gesellschaften und über damit zusammenhängende Maßnahmen [erste Lesung].....	7
9.	Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 883/2004 zur Koordinierung der Systeme der sozialen Sicherheit und der Verordnung (EG) Nr. 987/2009 zur Festlegung der Modalitäten für die Durchführung der Verordnung (EG) Nr. 883/2004 [erste Lesung].....	7

10.	Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Angleichung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften der Mitgliedstaaten über die Barrierefreiheitsanforderungen für Produkte und Dienstleistungen [erste Lesung].....	7
-----	---	---

NICHT DIE GESETZGEBUNG BETREFFENDE TÄTIGKEITEN

11.	Europäische Säule sozialer Rechte	8
12.	Sonstiges.....	8
a)	Europäischer Sozialfonds	
b)	Arbeitsprogramm des kommenden Vorsitzes	

GESUNDHEIT

NICHT DIE GESETZGEBUNG BETREFFENDE TÄTIGKEITEN

13.	Entwurf von Schlussfolgerungen des Rates zum Thema "Beitrag zur Eindämmung des Anstiegs von Übergewicht und Adipositas im Kindesalter"	8
14.	Entwurf von Schlussfolgerungen des Rates zur Förderung einer von den Mitgliedstaaten ausgehenden freiwilligen Zusammenarbeit zwischen den Gesundheitssystemen.....	9
15.	Europäische Säule sozialer Rechte: Gesundheitliche Aspekte und Folgen.....	9
16.	Sonstiges.....	9
a)	Ergebnisse des Workshops "Seeking new partnerships for EU action on vaccination" (Brüssel, 31. Mai 2017)	
b)	Gesundheitsgespräche, Europäisches Forum Alpbach 2017 (20.-22. August 2017)	
c)	Runder Tisch mit europäischen Gesundheitsministern und Leitern pharmazeutischer Unternehmen (Malta, 9. Mai 2017)	
d)	Das Ende der AIDS-Epidemie in der EU beschleunigen – konkrete evidenzbasierte Maßnahmen – in Zusammenarbeit mit dem ECDC organisierte HIV-Konferenz (Malta, 30./31. Januar 2017)	
e)	Arzneimittel in der Umwelt	
f)	Umsetzung der Artikel 15 und 16 der Richtlinie 2014/40/EU – Rückverfolgbarkeitssystem für Tabakerzeugnisse	
g)	Arbeitsprogramm des kommenden Vorsitzes	
	ANLAGE – Erklärungen für das Ratsprotokoll.....	11

*

* * *

1. Annahme der Tagesordnung

10121/17 OJ CONS 35 SOC 469 EMPL 359 SAN 246 CONSUM 250

Der Rat nahm die vorgenannte Tagesordnung an.

BESCHÄFTIGUNG UND SOZIALPOLITIK

NICHT DIE GESETZGEBUNG BETREFFENDE TÄTIGKEITEN

(*Öffentliche Aussprache gemäß Artikel 8 Absatz 2 der Geschäftsordnung des Rates für die Punkte 2 bis 4*)

2. Europäisches Semester 2017

= Orientierungsaussprache

9589/17 SOC 426 EMPL 331 ECOFIN 448 EDUC 256

Der Rat führte eine Orientierungsaussprache über die länderspezifischen Empfehlungen auf der Grundlage der in dem Vermerk des Vorsitzes (Dok. 9589/17) enthaltenen Fragen. Die Ministerinnen und Minister würdigten, dass die EU nunmehr einen Pfad der stetigen Erholung eingeschlagen hat; trotzdem müssen die Bemühungen zur Aufrechterhaltung des Wirtschaftswachstums, und insbesondere zur Gewährleistung eines inklusiven und gerechten Wachstums, fortgeführt werden. Sie begrüßten den Schwerpunkt der länderspezifischen Empfehlungen auf Beschäftigung und soziale Fragen. Was verfahrenstechnische Fragen betrifft, so bewerteten sie positiv, dass die Kommission die Mitgliedstaaten vor Veröffentlichung der jeweiligen Länderberichte dazu konsultiert hatte, und es wurde außerdem eine längere Frist für die Prüfung der länderspezifischen Empfehlungen gefordert.

a) **Entwurf der an jeden Mitgliedstaat gerichteten Empfehlungen des Rates zu den nationalen Reformprogrammen für 2017 und Entwurf der zugehörigen Erläuterung**

= Billigung

9261/17 ECOFIN 389 UEM 138 SOC 368 EMPL 283 COMPET 384 ENV 484
EDUC 212 RECH 168 ENER 208 JAI 461

9281/1/17 ECOFIN 390 UEM 139 SOC 369 EMPL 284 COMPET 387 ENV 486
EDUC 214 RECH 170 ENER 209 JAI 467 REV 1

9574/17 ECOFIN 447 UEM 175 SOC 424 EMPL 330 COMPET 438 ENV 536
EDUC 255 RECH 207 ENER 249 JAI 532

9564/17 ECOFIN 446 UEM 174 SOC 422 EMPL 329 COMPET 437 ENV 535
EDUC 254 RECH 206 ENER 248 JAI 528

Der Rat billigte die beschäftigungs- und sozialpolitischen Aspekte der Empfehlungen (Auflistung in Dok. 9281/1/17 REV 1) sowie das Begleitdokument mit den Erläuterungen (Dok. 9564/17).

b) **Bewertung der länderspezifischen Empfehlungen für 2017 und der Umsetzung der länderspezifischen Empfehlungen für 2016**

- = Billigung der Stellungnahmen des Beschäftigungsausschusses und des Ausschusses für Sozialschutz
9653/17 SOC 437 EMPL 341 EDUC 268

Der Rat billigte die im vorgenannten Dokument enthaltenen Stellungnahmen des Beschäftigungsausschusses und des Ausschusses für Sozialschutz.

c) **Stellungnahme des Beschäftigungsausschusses zur Integration von Flüchtlingen in den Arbeitsmarkt**

- = Billigung
9258/17 SOC 365 EMPL 280 JAI 458
+ COR 1

Der Rat billigte die im vorgenannten Dokument enthaltene Stellungnahme des Beschäftigungsausschusses.

3. **Entwurf von Schlussfolgerungen des Rates zu Strategien für einträgliche Arbeit**

- = Annahme
9647/1/17 SOC 435 EMPL 339 EDUC 267 ECOFIN 458 REV 1

Der Rat nahm die in Dokument 10452/17 enthaltenen Schlussfolgerungen an.

4. **Entwurf von Schlussfolgerungen des Rates zum Sonderbericht Nr. 5/2017 des Europäischen Rechnungshofs mit dem Titel "Jugendarbeitslosigkeit – Haben die Maßnahmen der EU Wirkung gezeigt? Eine Bewertung der Jugendgarantie und der Beschäftigungsinitiative für junge Menschen"**

- = Annahme
9613/17 SOC 428 EMPL 333 ECOFIN 451 EDUC 258 JEUN 74 REGIO 61
FIN 323

Der Rat nahm die in Dokument 10379/17 enthaltenen Schlussfolgerungen an.

BERATUNGEN ÜBER GESETZGEBUNGSAKTE

(*Öffentliche Beratung gemäß Artikel 16 Absatz 8 des Vertrags über die Europäische Union*)

5. **Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Richtlinie 2004/37/EG über den Schutz der Arbeitnehmer gegen Gefährdung durch Karzinogene oder Mutagene bei der Arbeit (zweites Paket) [erste Lesung]**

Interinstitutionelles Dossier: 2017/0004 (COD)

= Allgemeine Ausrichtung

9926/17 SOC 460 EMPL 355 SAN 230 IA 97 CODEC 973

+ ADD 1

+ ADD 2

5251/17 SOC 12 EMPL 8 SAN 24 IA 4 CODEC 32

+ ADD 1

Der Rat erzielte eine politische Einigung über den Text in Dokument 10438/17. Kein Mitgliedstaat stimmte gegen die allgemeine Ausrichtung, aber UK enthielt sich und IT, RO und HU äußerten Bedenken bezüglich eines Aspekts des in Dokument 9926/17 enthaltenen Textes.

6. **Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Richtlinie 96/71/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. Dezember 1996 über die Entsendung von Arbeitnehmern im Rahmen der Erbringung von Dienstleistungen [erste Lesung]**

Interinstitutionelles Dossier: 2016/0070 (COD)

= Sachstandsbericht

9882/17 SOC 456 EMPL 352 MI 472 COMPET 472 CODEC 966 JUSTCIV 136

6987/16 SOC 144 EMPL 97 MI 142 COMPET 118 CODEC 279

+ COR 1

Der Rat nahm den in Dokument 9882/17 enthaltenen Sachstandsbericht zur Kenntnis.

7. **Vorschlag für eine Richtlinie des Rates zur Anwendung des Grundsatzes der Gleichbehandlung ungeachtet der Religion oder der Weltanschauung, einer Behinderung, des Alters oder der sexuellen Ausrichtung**

Interinstitutionelles Dossier: 2008/0140 (CNS)

= Sachstandsbericht

9481/17 SOC 413 ANTIDISCRIM 27 JAI 520 MI 437 FREMP 66

Der Rat nahm den in Dokument 9481/17 enthaltenen Sachstandsbericht zur Kenntnis.

8. **Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Gewährleistung einer ausgewogeneren Vertretung von Frauen und Männern unter den nicht geschäftsführenden Direktoren/Aufsichtsratsmitgliedern börsennotierter Gesellschaften und über damit zusammenhängende Maßnahmen [erste Lesung]**

(von der Kommission vorgeschlagene Rechtsgrundlage: Artikel 157 Absatz 3 AEUV)

Interinstitutionelles Dossier: 2012/0299 (COD)

= Sachstandsbericht

9496/17 SOC 415 GENDER 13 ECOFIN 440 DRS 36 CODEC 882

16433/12 SOC 943 COMPET 708 DRS 130 CODEC 2724

Der Rat nahm den in Dokument 9496/17 enthaltenen Sachstandsbericht zur Kenntnis.

9. **Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 883/2004 zur Koordinierung der Systeme der sozialen Sicherheit und der Verordnung (EG) Nr. 987/2009 zur Festlegung der Modalitäten für die Durchführung der Verordnung (EG) Nr. 883/2004 [erste Lesung]**

Interinstitutionelles Dossier: 2016/0397 (COD)

= Sachstandsbericht

9524/17 SOC 420 EMPL 327 CODEC 891

15642/16 SOC 812 EMPL 549 CODEC 1910

Der Rat nahm den in Dokument 9524/17 enthaltenen Sachstandsbericht zur Kenntnis.

10. **Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Angleichung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften der Mitgliedstaaten über die Barrierefreiheitsanforderungen für Produkte und Dienstleistungen [erste Lesung]**

Interinstitutionelles Dossier: 2015/0278 (COD)

= Sachstandsbericht

9823/17 SOC 447 MI 465 ANTIDISCRIM 30 AUDIO 79 CODEC 944

14799/15 SOC 700 MI 770 ANTIDISCRIM 15 AUDIO 34 CODEC 1774

+ REV 1 (lt)

+ COR 1

+ COR 2

+ ADD 1

+ ADD 1 COR 1

+ ADD 2

+ ADD 2 COR1

+ ADD 3

+ ADD 3 COR 1

Der Rat nahm den in Dokument 9823/17 enthaltenen Sachstandsbericht zur Kenntnis.

NICHT DIE GESETZGEBUNG BETREFFENDE TÄTIGKEITEN

11. Europäische Säule sozialer Rechte

- = Bericht des Vorsitzes
- = Billigung der gemeinsamen Stellungnahme des Beschäftigungsausschusses und des Ausschusses für Sozialschutz
(Öffentliche Aussprache gemäß Artikel 8 Absatz 2 der Geschäftsordnung des Rates)
9498/17 SOC 416 EMPL 324 EDUC 249 SAN 208 ECOFIN 441

Der Rat nahm den Bericht des Vorsitzes über die informelle Aussprache zu dem vorgenannten Thema zur Kenntnis.

Der Rat billigte generell die im vorgenannten Dokument enthaltenen Stellungnahmen des Ausschusses für Sozialschutz und des Beschäftigungsausschusses.

12. Sonstiges

a) Europäischer Sozialfonds

- = Informationen der Kommission zum Sachstand

Der Rat nahm die Informationen der Kommission zur Kenntnis.

b) Arbeitsprogramm des kommenden Vorsitzes

- = Informationen der estnischen Delegation

Der Rat nahm die Informationen der estnischen Delegation zur Kenntnis.

GESUNDHEIT

NICHT DIE GESETZGEBUNG BETREFFENDE TÄTIGKEITEN

(Öffentliche Aussprache gemäß Artikel 8 Absatz 2 der Geschäftsordnung des Rates für die Punkte 13 bis 15)

13. Entwurf von Schlussfolgerungen des Rates zum Thema "Beitrag zur Eindämmung des Anstiegs von Übergewicht und Adipositas im Kindesalter"

- = Annahme

9977/17 SAN 234 AUDIO 85

Der Rat nahm die in der Anlage zu Dokument 9977/17 enthaltenen Schlussfolgerungen zum Thema "Beitrag zur Eindämmung des Anstiegs von Übergewicht und Adipositas im Kindesalter" an. Er beschloss ferner die Veröffentlichung dieser Schlussfolgerungen im Amtsblatt der Europäischen Union.

14. Entwurf von Schlussfolgerungen des Rates zur Förderung einer von den Mitgliedstaaten ausgehenden freiwilligen Zusammenarbeit zwischen den Gesundheitssystemen

= Annahme

9978/1/17 SAN 235 REV 1
+ REV 1 COR 1
+ REV 1 ADD 1

Der Rat nahm die in der Anlage zu Dokument 9978/1/17 REV 1 enthaltenen Schlussfolgerungen zur Förderung einer von den Mitgliedstaaten ausgehenden freiwilligen Zusammenarbeit zwischen den Gesundheitssystemen an. Er beschloss ferner die Veröffentlichung dieser Schlussfolgerungen im Amtsblatt der Europäischen Union.

Die deutsche Delegation legte eine im Addendum zu Dokument 9978/1/17 REV 1 wiedergegebene Erklärung für das Ratsprotokoll vor.

15. Europäische Säule sozialer Rechte: Gesundheitliche Aspekte und Folgen

= Gedankenaustausch

9979/17 SAN 236 SOC 463
+ COR 1

Der Rat führte einen Gedankenaustausch über die gesundheitlichen Aspekte und Folgen der europäischen Säule sozialer Rechte auf der Grundlage der in Dokument 9979/17 enthaltenen Fragen des Vorsitzes.

16. Sonstiges

a) **Ergebnisse des Workshops "Seeking new partnerships for EU action on vaccination" (Brüssel, 31. Mai 2017)**

= Informationen der Kommission
10004/17 SAN 240 PHARM 26

Der Rat nahm Kenntnis von den Informationen der Kommission und von Bemerkungen der italienischen Delegation.

b) **Gesundheitsgespräche, Europäisches Forum Alpbach 2017 (20.-22. August 2017)**

= Informationen der österreichischen Delegation
9636/17 SAN 217

Der Rat nahm Kenntnis von den Informationen der österreichischen Delegation und von Bemerkungen der Kommission.

c) **Runder Tisch mit europäischen Gesundheitsministern und Leitern pharmazeutischer Unternehmen (Malta, 9. Mai 2017)**

= Informationen des Vorsitzes
9996/17 PHARM 25 SAN 238 COMPET 478 MI 481

Der Rat nahm Kenntnis von den Informationen des maltesischen Vorsitzes und von Bemerkungen der Delegationen IE, IT, CY und NL sowie von der Kommission.

d) **Das Ende der AIDS-Epidemie in der EU beschleunigen – konkrete evidenzbasierte Maßnahmen – in Zusammenarbeit mit dem ECDC organisierte HIV-Konferenz (Malta, 30./31. Januar 2017)**

= Informationen des Vorsitzes
10100/17 SAN 244

Der Rat nahm Kenntnis von den Informationen des maltesischen Vorsitzes und von Bemerkungen der Kommission.

e) **Arzneimittel in der Umwelt**

= Informationen der Kommission auf Antrag der schwedischen Delegation
9737/17 PHARM 24 SAN 223 ENV 550
+ COR 1

Der Rat nahm Kenntnis von den auf Antrag der schwedischen Delegation erteilten Informationen der Kommission und von Bemerkungen der Delegationen BE, DK, FI und UK.

f) **Umsetzung der Artikel 15 und 16 der Richtlinie 2014/40/EU – Rückverfolgbarkeitssystem für Tabakerzeugnisse**

= Informationen der französischen Delegation
9998/17 SAN 239 MI 479 COMPET 477 FISC 125

Der Rat nahm Kenntnis von den Informationen der französischen Delegation und von Bemerkungen der Delegationen BE, CZ, DK, DE, HR, IT, LT, HU, PL und SK sowie von der Kommission.

g) **Arbeitsprogramm des kommenden Vorsitzes**

= Informationen der estnischen Delegation

Der Rat nahm Kenntnis von den mündlichen Informationen des künftigen estnischen Vorsitzes und von Bemerkungen der Kommission.

ERKLÄRUNGEN FÜR DAS RATSPROTOKOLL

Zu B-Punkt 14: **Entwurf von Schlussfolgerungen des Rates zur Förderung einer von den Mitgliedstaaten ausgehenden freiwilligen Zusammenarbeit zwischen den Gesundheitssystemen**
Annahme

ERKLÄRUNG DEUTSCHLANDS

"Deutschland begrüßt ausdrücklich die freiwillige Zusammenarbeit von Mitgliedstaaten auch im Gesundheitsbereich zur Lösung von Problemen, für die sie alleine keine Lösungen finden oder für die eine Zusammenarbeit zu besseren Lösungen führen kann. Deutschland ist offen für eine solche Zusammenarbeit.

Deutschland versteht die Ratsschlussfolgerungen als ein Dokument, das die Kompetenzen der Mitgliedstaaten in vollem Umfang respektiert und insbesondere das Recht zur Gestaltung ihrer Gesundheitswesen nach Art. 168 (7) AEUV wahrt (*„Bei der Tätigkeit der Union wird die Verantwortung der Mitgliedsstaaten für die Festlegung ihrer Gesundheitspolitik und die medizinische Versorgung gewahrt.“*). Die in den Ratsschlussfolgerungen thematisierte Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten im Gesundheitsbereich beruht ausschließlich auf Freiwilligkeit.

Deutschland versteht die Ratsschlussfolgerungen als einen Aufruf an diejenigen Mitgliedstaaten, die gerne und aus eigenem Antrieb auf zwischenstaatlicher Grundlage enger mit anderen Mitgliedstaaten zusammenarbeiten möchten. Die Ausgestaltung der freiwilligen Zusammenarbeit in jeder Phase steht in der alleinigen Verantwortung der sich freiwillig organisierenden Mitgliedstaaten. Das bedeutet strukturell wie auch inhaltlich, dass Organisation, Koordinierung und Durchführung den jeweiligen Partnern der Zusammenarbeit vorbehalten bleibt. Es erfolgt keine übergeordnete Koordinierung der Aktivitäten, insbesondere nicht durch die Kommission. Vereinbarungen, die innerhalb dieser Zusammenarbeit getroffen werden und Ergebnisse der Diskussionen entfalten lediglich eine Binnenwirkung auf die Mitgliedstaaten, die sich freiwillig dazu zusammenschließen. Es erfolgt keine Einbindung europäischer Strukturen außerhalb der in den europäischen Verträgen vorgesehenen Zuständigkeiten.

Für einen zielführenden Austausch von Erfahrungen sollten die Gremien, in denen sich die Mitgliedstaaten im Rahmen der freiwilligen Zusammenarbeit für ihre Zwecke austauschen, solche sein, in denen Experten der jeweiligen Bereiche zusammenkommen.

Mit diesen klarstellenden Kommentaren stimmt Deutschland den Ratsschlussfolgerungen zu."